

Guten Tag, liebe Leserinnen und Leser,

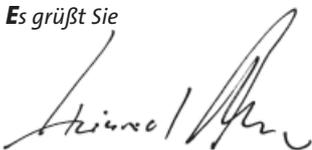
„Schon wieder eine Wahl – und keiner geht hin!“ Für mich ist das eine schreckliche Vorstellung. Leider zeigen aber die letzten Wahlergebnisse einen Trend hin zur Wahlenthaltung. Die Argumente zur Politikverdrossenheit sind bekannt. Aber natürlich kennen alle auch die Konsequenzen: Immer weniger entscheiden über andere mit. Die größten Kritiker nach der Wahl sind die, die ihr Recht auf politische Mitbestimmung bei der Wahl gar nicht genutzt haben.

Ohne Wahlen kann Demokratie auf Dauer nicht funktionieren. Wahlenthaltung oder gar Wahlverweigerung schwächt die, die man – trotz aller Kritik – unterstützen würde. Nicht wählen macht die stark, die man eigentlich partout nicht will. So einfach ist das!

Deshalb gehört für mich das Werben für eine hohe Wahlbeteiligung an die erste Stelle. Natürlich leiste ich Überzeugungsarbeit für die eigene Partei, für das SPD-Programm und für den oder die SPD-Kandidaten. Wählen heißt auch auswählen und frei entscheiden. Ich bin froh, dass wir diese Chance bei uns haben. In anderen Ländern kämpfen Demokraten unter Einsatz von Freiheit und Leben für ein freies und geheimes Wahlrecht.

Die Seelzerinnen und Seelzer können sicher sein, dass die Bürgermeisterwahl am 17. Juni 2007 weit über die Stadtgrenzen hinweg auf großes Interesse stoßen wird. Am Wahltag können wir Wählerinnen und Wähler in allen elf Stadtteilen beweisen, dass wir mitbestimmen wollen. Wie Bürgermeisterkandidat Klaus Fischer (SPD) hoffe ich deshalb auf eine hohe Wahlbeteiligung! – Machen Sie mit!

Es grüßt Sie



Ihr Heinrich Aller, MdL

www.heinrich-aller.de

Aller: Wer hart arbeitet, muss vom Lohn gut leben können Flagge zeigen für Mindestlohn

„Mir kommt die Galle hoch, wenn in Berlin um Cents beim Mindestlohn gefeilscht wird, während die Managergehälter großer Konzerne explodieren!“

Mit diesem Satz wurde kürzlich Heinrich Aller, Vorsitzender der SPD in der Region Hannover und Landtagsabgeordneter für Seelze, Barsinghausen und Gehrden, in der Presse zitiert. Öffentlich hatte der SPD-Politiker kritisiert, dass in Deutschland nicht möglich sein soll, was in anderen europäischen Ländern längst Praxis ist. „Menschen die hart arbeiten, haben einen Anspruch auf einen Lohn, von dem man vernünftig leben kann!“ fordert Aller.

Für den früheren Finanzminister steht fest, das es in einer Gesellschaft nicht gerecht zugehe, wenn die einen mit Bruttolöhnen abgespeist werden, die für das tägliche Leben nicht reichen und andere auf einen Schlag das Zigfache eines Monatslohns von hart schuftenden Arbeitnehmern als Gehaltserhöhungen kassieren. Heinrich Aller belässt es in der Auseinandersetzung nicht bei Worten. Ausgehend von Großbritannien, dessen Wirtschaft gerade wegen eines nach objektiven Kriterien festgelegten Mindestlohns von derzeit 7,95 Euro floriere, hat er jetzt zu einer Unterschriftenaktion „Pro Mindestlohn – gegen Lohndumping“ aufgerufen.

„Wir müssen für Gerechtigkeit streiten“, meint Aller, „um den Druck auf die Verhinderer von vernünftigen Lösungen zu vergrößern!“ Noch in diesem Monat wird Aller mit



Zwei SPD-Chefs streiten für Mindestlohn und gegen Lohndumping: Regionsvorsitzender Heinrich Aller und Stadtparteichef Walter Meinhof werben bei der Straßenaktion zum 1. Mai für gerechte Löhne.

der SPD in der Region Vertreter der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zu einem „Runden Tisch“ einladen. Gesprächspartner werden neben Gewerkschaften und Unternehmensvertretern Repräsentanten von Kirchen, Arbeitsagentur und Betroffenen sein.

CDU-Wulff duckt sich weg

Die nächste echte Nagelprobe, so Aller, kommt für die CDU und FDP im Landtag. Bisher schiebt die Mehrheitskoalition einen SPD-Antrag auf die „lange Bank“. Die Wulff-Regierung drücke sich um eine eigene Entscheidung, und wartet – wieder einmal – auf eine Vorgabe aus Berlin. „Die Entwicklung an beiden Enden der Einkommensskala ist unerträglich“, so Aller. Er habe Respekt vor denen in der Gesellschaft, die angesichts dieser Entwicklung den Finger in die Wunde legen. Deshalb fordert er klare Positionen. Aller: „Ich will, dass endlich auch die in der CDU Flagge zeigen, die immer sozial reden und das Gegenteil tun!“